

9. Militarismus

1. Militarisierung

Witz: SIMPLIZISSIMUS.

In allgemeiner Vorstellung und auch in Literatur Militarismus für Kaiserreich prägend.

- Tatsächlich Armee und Heeresführung nach 1871 mit hohem Ansehen. GS-Offize als Halbgötter, Offzkorps generell als Elite der Nation. Helmuth v. Moltke, der Sieger von Sedan, besass Kultstatus. Glanz färbte auch auf einfache Soldaten ab ("Kinder und Soldaten die Hälfte"). Uffze mit Anrecht auf Zivilbeamtenstelle ("Zwölfender").

- Einjährig Freiwillige (Bürgersöhne mit Matura) privilegiert. Reserveoffzpatent nicht nur Zeichen der Anpassung, sondern auch Eintrittsbillet in feine Gesellschaft.

- Kriegervereine mit weit mehr 1 Mio Mitglieder (Kyffhäuserbund) bestehend aus altgedienten Soldaten unter Führung von Uffzen und Offzen. (Rohkrämer: Militarismus der Kleinen Leute).

- Paraden, milit. Gepränge, militarisierter Umgangssprache, Verherrlichung früherer Kriegshelden, Gedenkfeiern, Kriegerdenkmäler, milit. Schulunterricht, Militärmusik sogar bei Tanzveranstaltungen - alles äußere Anzeichen eines weit verbreiteten Milit. im KR.

All dies wichtig und folgenreich für Mentalitäten, Kultur und polit. Verhalten im KR: die bürgerliche Gesellschaft im kaiserlichen Machtstaat, und auch die urbanisierte Industrienation nach der Jahrhundertwende standen tatsächlich unter dem Eindruck eines populären, mitunter grotesken Militarismus.

Doch dieser Milit. stellte nur Oberfläche dar. Hinter der öffentlichen Fassade des Milit. stand sein eigentlicher Kern: der Milit. der polit-militärischen Entscheidungsträger. Sie rangen um den inneren Charakter der Armee und um ihre Stellung in Staat und Gesellschaft. Der Verlauf dieser Auseinandersetzungen war für die innere und äußere Entwicklung des KR von größter Bedeutung, ging es doch um das Selbstverständnis des Staates, seiner Funktionsträger und seiner bewaffneten Macht, sowie um zentrale Sicherheitsfragen des Reiches.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand das Problem der allg. Wehrpflicht, die zwar ein Verfassungsgebot war, aber in der Praxis nur

teilweise durchgeführt wurde. Das ganze Problem war somit letztlich eine Frage der Heeresrüstungspolitik, zumal trotz aller Veränderungen in der Waffentechnologie zwischen 1871 und 1914 die Quantität, also das Konzept der Massenarmee im Vordergrund blieb. Die Heeresrüstungspolitik hatte aber schon zum preuß. Verfassungskonflikt geführt, drohte vor 1870 den innenpolit. Konsensus erneut zu sprengen und war bei den Verfassungsverhandlungen ab 1871 nur mühsam als innenpolit. Sprengsatz entschärft worden. Während des gesamten KR blieb die Heeresrüstungspolitik jedoch ein innenpolit. hochbrisantes Thema.

Das faktische Ergebnis der damit verbundenen Auseinandersetzungen war eine auffällig unstetige Entwicklung der Heeresrüstung. Angesichts der Wirtschaftskrise, innenpolit. Probleme und der weitgehend unangefochtenen Vormachtstellung des KR in Europa stagnierte die Heeresrüstung zwischen 1871 und 1887.

1887 und vor allem 1892/93 angesichts des drohenden russ.-franz. Bündnisses kam es zu einer hektischen Aufrüstungsrunde.

1893-1911 stagnierte die Heeresrüstung erneut, da sich die RL und ein Teil der Heeresverwaltung in Sicherheit wiegten und die Flottenrüstung einen Großteil der finanziellen Ressourcen verschlang.

1912/13 kam es im Vorfeld des 1. WK zur massivsten Aufrüstung des KR.

Zu keinem Zeitpunkt jedoch wurde die allg. Wehrpflicht vollständig durchgeführt, obwohl doch der GS den Angriffskrieg plante und immer wieder den Prävkrieg verlangte und am Ende auch erhielt.

Die Gründe für diese merkwürdige Entwicklung sollen im folgenden ansatzweise analysiert werden. Sie war ein Ergebnis institutioneller Machtkämpfe im polykratischen Chaos des KR, v.a. nach 1890. Insbesondere das preuß. KM und der GS gerieten dabei in einen jahrelangen Machtkampf, der keine klaren Resultate erbrachte.

Es wird aber auch deutlich werden, daß der polit. Milit. (der Milit. der Entscheidungsträger im Unterschied zum öffentlichen kulturellen Milit., der eingangs erwähnt wurde) im Laufe der Zeit zwei Varianten entwickelte, die sich heftig bekämpften:

- der traditionelle konservative Milit. der alten Eliten, für den die Verteidigung des monarchischen Systems im Vordergrund stand
- der seit den 1890er Jahren auftretende rechtsradikale bürgerliche Milit., der die Machtentfaltung für den Angriffskrieg nach außen anstrebte, ohne Rücksicht auf die überkommenen innenpolit. Machtstrukturen.

2. Die Armee als innenpolitisches Machtinstrument.

Das Problem der allgemeinen Wehrpflicht im Kaiserreich kann nicht verstanden werden, ohne einen Blick auf die Rolle der Armee in Staat und Gesellschaft zu werfen. Nach Meinung der militärischen und politischen Führung war das Heer nämlich keineswegs nur ein Verteidigungsinstrument nach außen. Es war auch und gerade ein Machtinstrument der Systemerhaltung nach innen. Es sollte ein Bollwerk gegen jeglichen Veränderungsdruck, gegen Parlamentarismus, radikalen Liberalismus und vor allem gegen die Sozialdemokratie sein. Dieser Mißbrauch des Heeres als innenpolitisches Kampfinstrument war es, was man als "konservativen Militarismus" bezeichnen kann.

Die Zielsetzung dieses Militarismus formulierte der dt-konservative Reichstagsabgeordnete von Oldenburg-Januschau im Jahre 1910 in drastischer Weise:

"Der König von Preußen und der Deutsche Kaiser muß jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag" (Wütende Proteste)

Oldenburg redete damit dem Staatsstreich von oben das Wort, so wie es vor ihm z.B. Generalstabschef Graf Waldersee im Jahre 1890 getan hatte. Auch wenn derartige Überlegungen besonders extrem waren, so hatten sie doch ganz konkrete Hintergründe.

Tatsächlich bereitete sich die militärische Führung auf einen Bürgerkrieg gegen die Arbeiterbewegung vor. In diese Richtung gingen die "Vorschrift über den Waffengebrauch des Militärs und seine Mitwirkung zur Unterdrückung innerer Unruhen" aus dem Jahre 1899, die Generalstabsstudie "Der Kampf in insurgierten Städten" aus dem Jahre 1907 und der Erlaß des Kommandierenden Generals des 7. Armeekorps, General von Bissing, aus demselben Jahr. Sie alle hatten die gleiche Tendenz: unter maximaler Gewaltanwendung und unter Bruch mehrerer Verfassungsartikel sollte das Militär notfalls gegen die Arbeiterbewegung und ihre gewählten Führer vorgehen. Den Hintergrund für diese Pläne bildeten Revolutionsangst und die Sorge vor dem schier unaufhaltsamen Anwachsen der Sozialdemokratie vor allem seit 1890. Die Armee sollte demgegenüber das Bollwerk des Systems für den militärischen Schutz der bestehenden Herrschaftsstrukturen sein. Die Erhaltung der Zuverlässigkeit der Armee war unter diesen Umständen von zentraler Bedeutung für die konservativen Militaristen. Um noch einmal Oldenburg-Januschau zu zitieren:

"An diesem Bollwerk werden wir nicht rütteln lassen, und an diesem

Bollwerk werden Sie (nach links) zerschellen!”

Die Soldaten mußten deshalb bereit sein, auf Befehl bedingungslos zu gehorchen und sogar auf ihre eigenen Verwandten zu schießen, wie Wilhelm II. im Jahre 1891 in einer seiner martialischen Reden vor jungen Rekruten der Garde verkündete.

Doch wie war es im Zeitalter der Wehrpflicht möglich, eine derart zuverlässige Truppe aufzustellen, wo doch sozialdemokratische Gesinnung im Volk und damit auch unter den Wehrpflichtigen immer weitere Verbreitung fand? Graf Waldersee, der 1897 dem Kaiser erneut Vorschläge für einen Staatstreich unterbreitete, sah hier nur eine einfache Lösung:

“Wenn es nicht gelingt, die Armee intakt zu halten, so sehe ich schließlich das Ende der allgemeinen Wehrpflicht gekommen.”

Soweit aber wollten es weder der Kaiser noch die Militärbehörden kommen lassen.

Stattdessen ergriffen sie Maßnahmen, um die “sozialdemokratische Agitation” im Heer zu bekämpfen. Schwarze Listen von bekannten Sozialdemokraten wurden angelegt, politische Diskussionen unter Soldaten wurden verboten und “patriotischer Unterricht” sollte als ideologisches Gegengift unter den Rekruten wirken. Doch diese Mittel erwiesen sich als untauglich, die politischen Entwicklungen innerhalb der Bevölkerung, aus der sich schließlich die Armee rekrutierte, vom Heer fernzuhalten.

Somit blieb nur das Mittel der systematischen sozialen Diskriminierung bei der Rekrutierung von Soldaten. Die beste Garantie für eine königstreue und innenpolitisch verwendbare Armee waren ein aristokratisches Offizierkorps, ein kleinbürgerlich-ländliches Unteroffizierkorps und vornehmlich bäuerliche Rekruten. Doch diese traditionelle soziale Ausrichtung der preußischen Armee geriet im Kaiserreich wegen der massiven demographischen Veränderungen und der zunehmenden Urbanisierung der Bevölkerung unter erheblichen Druck. So sank der Adelsanteil im Offizierkorps von 44,1% im Jahre 1885 auf knapp 30% im Jahre 1913. Auch wenn die Generalität im Jahre 1909 zu 60% aus Adligen bestand, so machte sich doch hier eine deutliche Tendenz der Verbürgerlichung breit. Damit bestand die Gefahr einer Liberalisierung des Offizierkorps. Die Militärbehörden versuchten sich deshalb damit zu behelfen, zusätzliche Offiziere ausschließlich aus dem konservativeren, gehobenen Bürgertum zu rekrutieren. Wilhelm II. schuf hierzu die Grundlage, als er in einer Kabinettsordre vom 29. März 1890 proklamierte, daß fortan nicht mehr nur der “Adel der Geburt” sondern auch der “Adel der Gesinnung” ausschlaggebendes Kriterium bei der Rekrutierung von Offizieren sein sollte.

(Dazu Berliner Zeitungsjunge: „Neuestes Ostajeschenk von Kaisa Wilhelm, neuestes Ostajeschenk von Kaisa Wilhelm: Janzer Adel abjeshafft- allens nur noch Seelenadel“)

Damit wurde die Politik der “erwünschten Kreise” bei der Kooptation von Offiziersanwärtern etabliert, die die soziale und gesinnungsmäßige Homogenität des Offizierkorps gewährleisten sollte. Auch beim Unteroffizierkorps wurde ähnlich verfahren. Hier achteten die Militärbehörden darauf, dass es sich vornehmlich aus ländlichen und kleinstädtisch-kleinbürgerlichen Kreisen rekrutierte - mit erstaunlichem Erfolg.

Bei Offizieren und Unteroffizieren ließ sich die Politik der sozialen Diskriminierung auch unter den Bedingungen der allgemeinen Wehrpflicht einigermaßen kontrolliert durchhalten, handelte es sich hierbei doch um die berufsmäßig organisierten Teile der Armee. Die Politik der “erwünschten Kreise” war jedoch ungleich schwieriger bei den Mannschaften zu realisieren, denn schließlich war im Prinzip jeder männliche Deutsche wehrpflichtig. Dennoch gelang es den Militärbehörden sogar hier sozial unausgewogene Verhältnisse herbeizuführen. So waren etwa im Jahre 1911 64,1% aller Eingezogenen des Rekrutenjahrgangs ländlicher Herkunft, obwohl doch nur 42% der deutschen Bevölkerung auf dem Land lebten. 22,3% der Rekruten dieses Jahrgangs kamen aus Kleinstädten, nur 7% aus mittleren Städten und gar nur 6% aus Großstädten. Wer vermutete, daß hier etwas nicht mit rechten Dingen zuging, war vollkommen im Recht. Tatsächlich gab der Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im preußischen Kriegsministerium, Generalmajor Wandel, im Verlauf einer Reichstagskommissionssitzung im Jahre 1913 zu, daß die Militärbehörden überzählige Rekruten bei der Musterung einfach als untauglich deklarierten. Dabei wurden derartige Ausmusterungen ganz offensichtlich primär im urbanen Arbeitermilieu vorgenommen.

Die Militärverwaltung verzichtete damit jedoch keineswegs auf weniger taugliches Rekrutenmaterial. Ganz im Gegenteil: die deutschen Arbeiter machten hervorragende Soldaten, wie der hochkonservative Kriegsminister von Einem im Jahre 1904 bereitwillig im Reichstag konzedierte. Doch, so Einem weiter, “die Gesinnung macht den Soldaten” und

“... mir ist ein königstreuer und auf religiöser Grundlage fußender Soldat, wenn er auch ein paar Ringe weniger schießt, lieber als ein Sozialdemokrat”.

Soziale Diskriminierung fand also auch bei der Einziehung von Wehrpflichtigen statt. Dies war aber nur möglich, wenn die allgemeine Wehrpflicht nicht vollständig durchgeführt wurde, wenn also jährlich deutlich weniger

Wehrpflichtige eingezogen wurden, als Taugliche zur Verfügung standen. Tatsächlich blieb es bis 1914 ein wesentliches Ziel der konservativen Militaristen in der Heeresverwaltung die vollständige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht zu verhindern, um die soziale Homogenität und damit die politische Zuverlässigkeit der Truppe zu verteidigen. Dies galt natürlich auch für das Offizier- und Unteroffizierkorps, deren eng begrenzte Rekrutierungsbasis im Falle einer erheblichen Vergrößerung der Armee ausgeweitet werden mußte. In diesem Sinne wehrte sich Kriegsminister von Heeringen im Januar 1913 gegen die Forderung des Generalstabs nach totaler Aufrüstung mit folgendem Argument:

“Die Offizier- und Unteroffizierfrage steht dabei im Vordergrund. Ich halte eine Vergrößerung der preußischen Armee um fast ein Sechstel ihres Bestandes für eine so entscheidende Maßnahme, dass erwogen werden muß, ob nicht ihr innerer Gehalt - gerade was die Offiziere und Unteroffiziere anlangt - wesentlich darunter leidet. Ohne ein Hineingreifen in für die Ergänzung des Offizierkorps wenig geeignete Kreise, das, von anderen Gefahren abgesehen, dadurch der Demokratisierung ausgesetzt wäre, und ohne eine Herabminderung der Anforderungen werden wir in beiden Klassen den außerordentlich erhöhten Bedarf nicht decken können. Nicht geringer erscheinen mir die Bedenken bezüglich der Rekrutierungsmöglichkeit.”

Die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht stieß also dort auf ihre Grenzen, wo konservative Militaristen in der vollständigen Ausschöpfung der Wehrkraft eine Bedrohung für die der Armee zugedachten Rolle als innenpolitisches Machtinstrument der Krone erblickten. Doch diese rückwärtsgewandte Politik, die sich im Kern an vorkonstitutionellen Verhältnissen aus der Zeit von Berufsheeren orientierte, kollidierte mit den äußeren Sicherheitsbedürfnissen des Reiches.

3. Die Armee als außenpolitisches Machtinstrument.

In den deutschen Einigungskriegen hatte sich die allgemeine Wehrpflicht als hervorragende militärische Grundlage für die Siege der preußischen Waffen erwiesen. Überall wurde die Wehrpflicht als ein wesentlicher Teil des preußischen Erfolgsgeheimnisses anerkannt. In den Jahren nach 1871 ahmten deshalb alle europäischen Großmächte, mit Ausnahme Großbritanniens, diese Institution nach. Damit entstand ein neues Problem für die militärische Führung in Preußen-Deutschland, denn der quantitative Vorsprung, den die Wehrpflicht gegenüber den anderen Armeen ermöglicht hatte, ging nun verloren. Die Verbreitung der Wehrpflicht in ganz Europa schuf ein neues Phänomen: ein sich beschleunigendes personalintensives Wettrüsten.

Bis etwa 1887 jedoch, solange die Französische Republik international isoliert blieb, waren die Gefahren der allgemeinen Aufrüstung für das Deutsche Reich allerdings noch relativ begrenzt. Reichsleitung und militärische Führung konnten es sich deshalb leisten, die quantitative Aufrüstung zu beschränken und von der vollständigen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht abzusehen.

Doch schon wenige Jahre später, nachdem das russisch-französische Bündnis Realität geworden war, sahen die Dinge anders aus. 1892/93 setzte RK Caprivi nach schweren innenpolit. Kämpfen eine HV um immerhin 56.000 Mann durch.

Der neue Generalstabschef Alfred von Schlieffen - seit 1892 im Amt - war der Meinung, im Rahmen eines Zweifrontenkrieges Frankreich in einem kurzen Feldzug entscheidend schlagen zu müssen. Der im Januar 1906 fertig gestellte Schlieffenplan sah vor, die Franzosen mit quantitativer Überlegenheit anzugreifen und ihre Armee in einer gigantischen Kesselschlacht zu vernichten. Dabei ist für unseren Zusammenhang entscheidend, daß Schlieffens Planung eben auf der quantitativen Überlegenheit an der Westfront beruhte, die aber im Jahre 1906 gar nicht vorhanden war. Weitere Aufrüstung war somit unausweichlich. Schlieffen selbst machte dies auch ganz deutlich, als er in seiner Denkschrift an den Nachfolger schrieb:

“Wir haben die allgemeine Wehrpflicht und das Volk in Waffen erfunden und den anderen Nationen die Notwendigkeit, diese Institution einzuführen, bewiesen. Nachdem wir aber unsere geschworenen Feinde dahin gebracht haben, ihre Heere ins Ungemessene zu vermehren, haben wir in unseren Anstrengungen nachgelassen. Wir pochen noch immer auf unsere hohe Einwohnerzahl, auf die Volksmassen, die uns zu Gebote stehen, aber diese Massen sind nicht in der vollen Zahl der Brauchbaren ausgebildet und bewaffnet.”

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen mit dem Kriegsministerium, das Schlieffens wiederholte Forderungen nach verstärkter Aufrüstung mit Rücksicht auf konservative Überlegungen immer wieder abgelehnt hatte, ging der scheidende Generalstabschef nunmehr aufs Ganze: er verlangte die vollständige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Ohne eine solche Maßregel sah Schlieffen die äußere Sicherheit des Reiches gefährdet.

Schlieffen war allein schon in dem Maße im Recht, als sein strategischer Plan in der Folgezeit grundsätzlich zum zentralen Konzept des Generalstabs für den Fall eines Krieges avancierte. Damit wurden rüstungspolitische

Sachzwänge geschaffen, wenn zwischen der tatsächlichen militärischen Stärke des Reiches und seiner strategischen Planung keine unüberbrückbaren Gegensätze entstehen sollten. Genau letzteres aber trat nun ein, weil das Kriegsministerium auch nach 1906 auf die Rüstungsbremse trat.

Schlieffens Nachfolger im Amt, der jüngere Moltke, war lange Zeit zu schwach, um sich gegen diese Entwicklung zu wehren. Erst ab Herbst 1912 stärkte ihm der Chef der Aufmarschabteilung im Generalstab, Oberst Erich Ludendorff, dermaßen den Rücken, daß der Generalstab sich nun massiv der Aufgabe zuwandte, den rüstungspolitischen Sachzwängen des Schlieffenplans Geltung zu verschaffen. Am 25. November 1912 schrieben Moltke und Ludendorff an Kriegsminister von Heeringen:

“Wir müssen wieder das Volk in Waffen werden, zu dem wir einst in großer Zeit durch große Männer geschaffen wurden. Es darf darin für Deutschland kein Zurück, es darf nur ein Vorwärts geben.”

Am 21. Dezember 1912 schließlich hakte der Generalstab nach, als er dem Kriegsministerium seine berühmte “Große Denkschrift” übersandte, die die Rüstungsforderungen präzisierte. Moltke und Ludendorff verlangten darin nicht weniger als eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 300.000 Mann, um die Versäumnisse der letzten beiden Jahrzehnte nachzuholen. Zur Frage, wo diese enormen Rekrutenzahlen herkommen sollten, vermerkte die Denkschrift lapidar:

“Menschenmaterial steht in hinreichender Menge für eine Heeresverstärkung zur Verfügung”.

Die vollständige Ausschöpfung der Wehrkraft, also die rücksichtslose Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht wurde somit vom Generalstab zu einer Frage der nationalen Sicherheit stilisiert. Für die führenden Köpfe der für die strategischen Planung zuständigen Militärbükratie war das Heer damit endgültig zu einem rein außenpolitischen Machtinstrument geworden. Dahinter mußten aus der Sicht des Generalstabs alle Überlegungen bezüglich der innenpolitischen Rolle des Heeres zurückstehen. Doch das Kriegsministerium wehrte sich weiterhin gegen derartige Vorstellungen. KM Heeringen lehnte die Forderungen des Generalstabs mit den oben zitierten konservativ militaristischen Argumenten ab und hatte dabei einen gewissen Erfolg: die Armee wurde 1913 “nur” um 126.000 Mann verstärkt.

4. Reichstag, Rüstungspolitik und allgemeine Wehrpflicht.

So wichtig die innermilitärischen Auseinandersetzungen auch waren, so

erklären sie jedoch nicht vollständig die Entwicklung der allgemeinen Wehrpflicht im Kaiserreich. Die Zeiten, in denen die militärische Führung sozusagen im luftleeren Raum, das heißt ohne Rücksicht auf das Parlament und die öffentliche Meinung Entscheidungen fällen konnte, neigten sich nämlich dem Ende zu. Ganz im Gegenteil: die Geschichte des Kaiserreiches zeigt vielmehr, daß Parlament und öffentliche Meinung zunehmend Einfluß auf die Ausgestaltung der Rüstungspolitik gewannen. Das Prinzip der Volksbewaffnung, auch wenn sie von oben gelenkt war, erhielt somit in der Tat ein Äquivalent in der verbesserten Kontrollmöglichkeit des zivilen Sektors der Gesellschaft über militärische Fragen, die gerade in der verstärkten Position der Volksvertretung ihren Ausdruck fand - sehr zum Leidwesen der nach wie vor konservativen Reichsleitung und des größten Teils der militärischen Führung.

Doch dies war das Ergebnis harter Auseinandersetzungen. Unmittelbar nach der Reichsgründung trat die führende politische Klasse in Preußen-Deutschland zum letzten groß angelegten Versuch an, den militärpolitischen Einfluß des Parlaments auf ein Minimum zu beschränken. In den Verhandlungen um die Reichsverfassung konnte Bismarck durchsetzen, daß Artikel 63 festlegte: "Der Kaiser bestimmt den Präsenzstand ... des Reichsheeres ...". Die Rüstungspolitik schien somit eine ausschließliche Domäne der Obersten Kommandogewalt zu werden, womit der Reichstag fast jeden Einfluß im Bereich des Militärischen verloren hätte. Auf der anderen Seite stand aber immer noch das Budgetrecht des Parlaments, das sich auch auf den Militärhaushalt erstreckte. Um diesen Widerspruch aufzulösen, versuchte Bismarck den Reichstag zu einer dauerhaften Festlegung der Friedenspräsenzstärke des Heeres und damit zur de-facto-Aufgabe des Budgetrechts auf diesem Gebiet zu bewegen. So verkündete Artikel 57 der Reichsverfassung zwar, "Jeder Deutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen". Doch der damit festgelegte Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht kam nicht zu seiner vollen Durchführung. Stattdessen bestimmte Artikel 60, daß die tatsächliche Friedenspräsenzstärke einstweilen auf ein Prozent der Bevölkerung beschränkt blieb. Dieses Provisorium wurde schließlich bis zum 31. Dezember 1874 verlängert.

Als diese Frist ablief, versuchte Bismarck den Reichstag zur Annahme eines Äternats, also der dauerhaften Festlegung der Friedenspräsenzstärke, zu zwingen. Diese Strategie löste scharfe Auseinandersetzungen aus und beschwor beinahe einen erneuten Verfassungskonflikt herauf. Im Endeffekt aber einigte man sich auf einen Kompromiß, das sogenannte Septennat, demzufolge eine siebenjährige Bewilligungsfrist für die Friedenspräsenzstärke festgelegt wurde. Manche Historiker (z.B. Wehler) haben hierin eine schwere Niederlage für den Parlamentarismus im Kaiserreich erblickt. Tatsächlich

wurde der größte Teil des parlamentarischen Budgetrechts auf sieben Jahre hinaus gebunden. Doch 1893 gelang es dem Reichstag die Verkürzung dieser Frist im sogenannten Quinquennat auf fünf Jahre zu erreichen, womit eine Abstimmung über die Friedenspräsenzstärke des Heeres zumindest einmal pro Legislaturperiode gesichert wurde.

Dabei war es bezeichnend, daß die Reichstagsmehrheit gleichzeitig der Regierung Caprivi eine weitere Konzession abringen konnte, nämlich die Herabsetzung der aktiven Dienstzeit bei der Infanterie von drei auf zwei Jahre, womit der Disziplinierungseffekt eines zeitlich ausgedehnten Wehrdienstes deutlich geschwächt wurde.

All dies war das Ergebnis verstärkter Rüstungsbestrebungen seitens der Reichsleitung Anfang der 90er Jahre. Da die Zustimmung des Reichstags hierzu unabdingbar war, mußten Konzessionen gemacht werden, um den harten Widerstand aus dem Parlament gegen eine Ausweitung der Friedenspräsenzstärke des Heeres zu brechen. Diese Vorgänge zeigten deutlich, daß der Verfassungskompromiß von 1871/74 dem Reichstag eben doch ganz erhebliche Einflußmöglichkeiten offengelassen hatte, die sich in dem Maße erweitern mußten, in dem die Reichsleitung im Zuge des internationalen Wettrüstens von einem gleichmäßigen Plateau der Friedenspräsenzstärke abzurücken genötigt war, also der Unterstützung des Parlaments bei der Intensivierung der Heeresrüstung bedurfte.

Dabei war die Haltung der Parteien zum Militär im allgemeinen und zu einer Verstärkung der Rüstung im besonderen alles andere als einheitlich. So standen die Sozialdemokraten den militärischen Institutionen des Reichs bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit scharfer Ablehnung gegenüber. Rüstungsvorlagen konnten niemals auf die Zustimmung der SPD rechnen, die überhaupt die allgemeine Wehrpflicht am liebsten durch ein Milizsystem nach Schweizer Modell ersetzt hätten.

Auf dem anderen Extrem des Spektrums stand die "militärfromme" Deutschkonservative Partei, die, wie die oben erwähnten Zitate aus den Reden ihres Abgeordneten von Oldenburg-Januschau illustrierten, von einer konservativ militaristischen Haltung durchdrungen war, also das Heer auch als innenpolitisches Machtinstrument zur Verteidigung der Privilegien der herrschenden Eliten betrachtete. Auch wenn die Deutschkonservativen öffentlich zumeist demonstrativ für die "Stärkung der Wehrkraft" eintraten, so unterstützten sie deshalb in Wirklichkeit voll die restriktive Rüstungspolitik der konservativen Militärs, die sich gegen die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht richtete.

Angesichts der Isolation der SPD und der willfährigen Haltung der

traditionellen politischen Rechten gegenüber einer konservativen Militärpolitik der Reichsleitung kam es bei Sicherung und Stärkung der Rechte des Reichstags hauptsächlich auf die Parteien der bürgerlichen Mitte an. Hier fanden entscheidende Entwicklungen statt, die den Gang der Rüstungspolitik und damit das weitere Schicksal der allgemeinen Wehrpflicht maßgeblich beeinflussten.

In den 1870er Jahren hatten Zentrum, Linksliberale und Nationalliberale gemeinsam das Budgetrecht des Reichstags gegen die Anschläge Bismarcks verteidigt. Doch in der Rüstungspolitik vertraten diese Parteien sehr unterschiedliche Ansätze. Während die Nationalliberalen jederzeit für eine Forcierung der Rüstung zu haben waren, blieb das katholische Zentrum zunächst sehr militärkritisch und rüstungsfeindlich, während die Linksliberalen, unter dem Einfluß Eugen Richters, sich sogar beinahe sozialdemokratischen Vorstellungen annäherten. Mit diesen Positionen gingen die bürgerlichen Parteien in die großen rüstungspolitischen Auseinandersetzungen Anfang der 90er Jahre.

((((Kriegsminister von Verdy du Vernois war der einzige Inhaber dieses Amtes im Kaiserreich, der ernsthaft den Versuch zur vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht unternahm. Als Antwort auf den wachsenden Rüstungsvorsprung der sich gerade herausbildenden russisch-französischen Allianz arbeitete er um 1890 einen Plan zur schrittweisen vollständigen Ausnutzung der deutschen Wehrkraft aus. Sein Ziel war es, unter Beibehaltung der dreijährigen Wehrpflicht den Reichstag auf dieses Programm festzulegen, was gleichbedeutend mit der endgültigen Durchsetzung des Äternats und einer scharf disziplinierten Wehrpflichtigenarmee gewesen wäre. Die große Mehrheit des Parlaments lehnte ein solches Ansinnen jedoch entschieden ab und der obendrein ungeschickt taktierende Kriegsminister mußte schließlich sogar seinen Hut nehmen. Stattdessen einigten sich Regierung und Reichstag im Juni 1890 darauf, daß die volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht allein schon aus finanziellen Gründen heraus unmöglich sei, denn es herrschte noch Wirtschaftskrise. Unter Führung des Zentrums war das Verdy-Programm gestoppt worden.)))

((((Reichskanzler Caprivi unternahm dennoch wenig später einen erneuten Anlauf zu einer Heeresverstärkung. Sein Ziel war allerdings nicht mehr die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Stattdessen strebte er "nur" noch eine Heeresvermehrung um 72 000 Gemeine an. Doch auch wenn er dem erbitterten Widerstand des Kaisers und der konservativen militärischen Kamarilla die oben erwähnten Konzessionen an den Reichstag abrang, so war die Parlamentsmehrheit doch nicht gewillt, seine Forderungen zu bewilligen.

Erst nach harten innenpolitischen Auseinandersetzungen und dem Verzicht auf ein Drittel der Heeresvermehrung wurde die Vorlage 1893 mit knapper Mehrheit angenommen, wobei entscheidend war, daß das Zentrum sich in dieser Frage spaltete. Damit entstand das Bild der prinzipiellen Rüstungsfeindschaft der Reichtagsmehrheit, das sich auch in den Köpfen der meisten Historiker festsetzte.)))

Tatsächlich hatte der Reichstag seine Macht demonstriert, rüstungspolitische Bestrebungen der Regierung wenn nicht zu blockieren, so doch zumindest erheblich abzuschwächen. Dieser Eindruck verfestigte sich noch bei den Auseinandersetzungen um die Heeresvorlagen von 1898/99 und 1904/05, als die Reichtagsmehrheit erneut Abstriche an den Rüstungsforderungen der Reichsleitung durchsetzte. Entscheidend hierbei war durchweg die Rolle des Zentrums als Zünglein an der parlamentarischen Waage. Dabei muß allerdings einschränkend hinzugefügt werden, daß die finanziellen Belastungen infolge des Schlachtflottenbaus einem Ausbau des Heeres ohnehin enge Grenzen setzten und das Kriegsministerium aufgrund seiner nunmehr gänzlich konservativ militaristischen Haltung jegliches Interesse an großen Heeresvermehrungen oder gar an der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht verloren hatte. Die Heeresrüstungspolitik stagnierte deshalb weitgehend.

Inzwischen aber waren anderswo erhebliche Veränderungen eingetreten. Im Generalstab trommelte Schlieffen für die volle Ausnutzung der Wehrkraft, wenn auch einstweilen mit wenig Erfolg. Außerhalb des Parlaments gewannen gleichzeitig die neuen rechtsradikalen Agitationsverbände um den Flottenverein und den Alldeutschen Verband zusehends an Einfluß auf die bürgerliche öffentliche Meinung. Bis etwa 1910 propagierten sie noch vornehmlich den Schlachtflottenbau, doch innerhalb des Alldeutschen Verbands machten sich allmählich Tendenzen breit, auch einen Ausbau der Armee zu verlangen. Dies zeigte erstaunliche Wirkungen, als der nationalliberale Parteiführer Bassermann im Dezember 1910, anläßlich einer weiteren eng begrenzten Quinquennatsvorlage, Regierung und Heeresverwaltung plötzlich massiv wegen der angeblichen Vernachlässigung der Armee anging. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kaiserreichs wurde die Regierung im Reichstag wegen zu geringer Rüstungsanstrengungen zu Lande kritisiert. Die Bedeutung dieses Novums war umso größer, als Bassermann als erstes Parlamentsmitglied die volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht anmahnte und überdies die Beseitigung des Adelsprivilegs im Offizierkorps verlangte.

Damit wurde eine neue Tendenz deutlich: Teile der bürgerlichen öffentlichen Meinung schlugen sich fortan gänzlich auf die Seite der allgemeinen

Wehrpflicht und machten Front gegen den konservativen Militarismus des Kriegsministeriums und seine restriktive Rüstungspolitik. Dabei wurde die Forderung nach Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht mit dem Verlangen nach Reformen innerhalb der Armee verbunden, die die alten Zöpfe zur Erhaltung der traditionellen Homogenität abschneiden sollten, um die militärische Effizienz des Heeres als Machtinstrument nach außen zu erhöhen. Hierin lagen denn auch Ursache und Ziel der plötzlich in der zivilen Öffentlichkeit auftretenden Rüstungsforderungen. Sie waren Ausdruck der wachsenden Kriegstreibereien Seitens der rechtsradikalen Agitationsverbände, die auch etablierte bürgerliche Parteien wie die Nationalliberalen zu erfassen begannen. Es war eine neue Form des Militarismus entstanden, die das Heer für die Aggression nach außen zu mißbrauchen gedachte: der bürgerliche Militarismus.

Im Gefolge der Marokkokrise von 1911 kamen diese Tendenzen gänzlich zum Durchbruch. Die Verschärfung der internationalen Spannungen und die Empörung über das Zurückweichen der expansionistischen deutschen Außenpolitik vor britischem und französischem Druck provozierten einen Sturm in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Nationalliberale und sogar das Zentrum verlangten eine Verschärfung der rüstungspolitischen Gangart, und die Alldutschen nutzten die Gunst der Stunde, um sich in der Massenorganisation des Deutschen Wehrvereins (300.000 Mitglieder) einen kriegstreiberischen Ableger zur Propagierung der totalen Aufrüstung zu Lande zuzulegen. Von nun an wuchs der Druck in der bürgerlichen öffentlichen Meinung, getragen von General a. D. August Keims Wehrverein, den Alldutschen, den Nationalliberalen und der mit diesen Gruppen verbundenen Presse, zugunsten einer massiven Verstärkung des Heeres derart, daß sich auch die anderen bürgerlichen Parteien, namentlich das Zentrum und die Linksliberalen dem nicht mehr entziehen konnten. Der Reichstag wurde damit von einer rüstungsfeindlichen zu einer rüstungsfreundlichen, wenn nicht gar rüstungstreibenden Institution. Da der Einfluß des Parlaments in militärpolitischen Fragen seit den 1890er Jahren ohnehin gestiegen war, konnte diese Entwicklung auf die Heeresrüstungspolitik der Reichsleitung nicht ohne Wirkung bleiben. Tatsächlich leitete der bürgerliche Militarismus in der öffentlichen Meinung Wasser auf die Mühlen des ohnehin nach verstärkter Rüstung strebenden Generalstabs, zumal der Kaiser und auch Kanzler Bethmann Hollweg durchaus nicht abgeneigt waren, diesen Forderungen wenigstens teilweise nachzugeben. Das Resultat waren die beiden großen Heeresvermehrungen von 1912 und 1913, die insgesamt eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um beinahe 160 000 Mann erbrachten.

Doch der Generalstab hatte sein Ziel, die vollständige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, noch immer nicht erreicht. Die 300 000 Mann, die

Moltke und Ludendorff in der "Großen Denkschrift" vom Dezember 1912 gefordert hatten, waren nicht bewilligt worden. Kriegsminister von Heeringen war es gelungen, nach heftigen internen Auseinandersetzungen und nach einem intrigenreichen Ränkespiel seinen konservativen Bedenken gegenüber einer allzu großen Vermehrung des Heeres bei Kaiser und Reichskanzler Geltung zu verschaffen. Der konservative Militarismus blockierte also nach wie vor die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, wie übrigens auch die Reformforderungen des Reichstags. Dabei blieb es bis zum Kriegsausbruch, auch wenn Generalstabschef Moltke und der Wehrverein unablässig die endliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht einklagten. Im Juli 1914 provozierte das Deutsche Reich somit einen Weltkrieg, ohne nach seinen Möglichkeiten gerüstet zu sein.

5. Fazit.

Insgesamt aber hatten die rüstungspolitischen Auseinandersetzungen zwischen 1910 und 1914 gezeigt, daß Militärpolitik im Zeichen der allgemeinen Wehrpflicht endgültig nicht mehr eine ausschließliche Angelegenheit der Führungsinstanzen der Armee war. Die öffentliche Meinung und namentlich der Reichstag hatten ganz erheblich an Einfluß gewonnen. Politiker wie Heinrich Claß vom Alldeutschen Verband, August Keim vom Wehrverein und Ernst Bassermann von der Nationalliberalen Partei nahmen sich das Recht heraus, als Staatsbürger zur Militärpolitik Stellung zu nehmen und die Verfahrensweise der Heeresverwaltung zu kritisieren. Da sie nicht wie die Sozialdemokraten und früher das Zentrum und die Linksliberalen eine vorwiegend negative Haltung gegenüber der Armee an den Tag legten, sondern stattdessen in deren Ausgestaltung eingreifen wollten, hatten ihre Interventionen ungleich größeres Gewicht, zumal sie zumindest im Generalstab offenes Gehör fanden.

So war es denn nur natürlich, daß der politischen Leitung und v.a. dem Kriegsministerium nicht nur der steigende Einfluß des Reichstags sondern auch die Aktivitäten des Wehrvereins unangenehm waren, die sie erfolglos zu unterbinden versuchte. Die Partizipationsbestrebungen unter den zivilen Staatsbürgern ließen sich allerdings nicht mehr aufhalten.

Doch es war die Tragödie des Kaiserreichs, daß sich diese gesteigerte Partizipation in den entscheidenden Jahren vor 1914 in Richtung auf rücksichtslose Aufrüstung auswirkte. Mehr noch, dieser Rüstungsdruck aus der zivilen Öffentlichkeit steuerte direkt in den Krieg. So forderte der nationalliberale Politiker Edmund Rebmann im Februar 1913:

“Sagen wir wieder einmal dem Volke: Wir haben unsere Waffen,
und wir wollen sie brauchen, der Teufel soll holen, wenn wir nicht wieder

dieselbe Sache erhalten wie im Jahre 1870!”

Noch brutaler äußerte sich 1912 der alldte. Heinrich Claß in seinem Buch “Wenn ich der Kaiser wär”, als er seiner Forderung nach Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht hinzufügte:

“Oben habe ich die Ansicht bekämpft, daß wir “saturiert” seien - stellt die öffentliche Meinung sich dazu in gleicher Weise, so wird sie auch unzweideutig aussprechen: Heer und Flotte sind auch Waffen des Angriffs, wenn die Sicherung unseres Daseins es verlangt.”

Der Kampf der Militarismen demonstrierte auf diese Weise, daß maßgebliche Vertreter des polit. Lebens im KR spätestens seit 1911 direkt auf den Krieg zusteuerten.

Warum dies so war, werden folgende Vorlesungen zeigen.